



Beschlussvorlage Nr. 2018/169

27.06.2018

Federführend: Hochbauamt

Beteiligt:

Tagesordnungspunkt:

Neubau Grundschule Hohenberg - Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung

Beratungsfolge:

Gemeinderat	10.07.2018	Entscheidung	öffentlich
-------------	------------	--------------	------------

Stand der bisherigen Beratung:

2016/148	GR Neubau Grundschule Hohenberg, Durchführung europaweites VgV Verfahren
2017 05 30	GR Vorstellung des Ergebnisses aus dem VgV-Verfahren (Architektenwettbewerb)
2017 07 14	SozA Neubau Grundschule Hohenbergschule, Bericht aus der Arbeitsgruppe
2017/161	GR Neubau Grundschule Hohenberg – Baubeschluss
2018/088	TA Vergabe der Rohbauarbeiten

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat beschließt, von der im Haushaltsplan 2018 (Anlage 2/ Seite 641) vorgesehenen Verpflichtungsermächtigung für 2019 über 5.475.000 EUR einen Teilbetrag in Höhe von 4.000.000 EUR frei zu geben.

Anlagen:

gez. Stephan Neher
Oberbürgermeister

gez. Thomas Weigel
Bürgermeister

gez. Markus Gärtner
Amtsleiter

Finanzielle Auswirkungen:

HHJ	Kostenstelle / PSP-Element	Sachkonto	Planansatz
Vorher			-175.000 EUR
2017			300.000 EUR
2018	7.012110.011	7871 0000	3.500.000.EUR
2019			VE 5.475.000 EUR
2020			VE 225.000 EUR
Summe			<u>9.325.000 EUR</u>

Inanspruchnahme einer Verpflichtungs-ermächtigung		Bereits verfügt über	EUR
X ja <input type="checkbox"/> nein		Somit noch verfügbar	EUR
- in Höhe von	4.000.000 EUR	Antragssumme lt. Vorlage	EUR
- Ansatz VE im HHPI.	5.475.000 EUR	Danach noch verfügbar	EUR
- üpl. / apl.	./ EUR	Diese Restmittel werden noch benötigt	
		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
		Die Bewilligung einer üpl. /apl. Aufwendungen / Auszahlungen ist notwendig in Höhe von	EUR
		Deckungsnachweis:	

Jährliche Folgekosten / - kosten nach der Realisierung:

Sichtvermerk, gegebenenfalls Stellungnahme der Stadtkämmerei:

Vorlage relevant für:

Jugendvertretung

Integrationsbeirat

Behindertenbeirat

Begründung

Die Baumaßnahme schreitet planmäßig voran. Für die kommenden geplanten Vergaben in den nächsten Sitzungen des Technischen Ausschusses ist es notwendig, die eingeplante Verpflichtungsermächtigung 2019 in Höhe von 5,475 Mio. EUR teilweise in Anspruch zu nehmen (4,0 Mio. EUR), um Aufträge erteilen zu können.